

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abnehmer monatlich 18 M., durch Boten bezogen monatlich 20 M., bei Postbezug monatlich 21 M. frei Haus. Gehobelt beständig nachträglich. Einzelnummer 1 M. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 16 604. Geschäftsstelle: Südstraße 4. Für unerbettete Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Anzeigenpreis Der halbpaltene Millimeter Spatium 1 M. und der halbpaltene Millimeter Zeilenraum 8 M. Die laufende Monatsrechnung wird vom Besieger auf seine Anzeigen der besten Wirkung mit 400 M. in Zahlung genommen. Bittgebühren 75 Pfg. Worts besonders. In der setzungslocht vorrittags 11 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Volk.

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 125.

Dienstag, den 30. Mai 1922.

162. Jahrgang

Tageschronik

Der Reichstagsrat hielt gestern im Reichstag die lang erwartete Rede über die Konferenz von Genoa.

Nach in Berliner Regierungskreisen rechnet man vorläufig nicht mit dem Zustandekommen der internationalen Anleihe.

Die Reichsregierung verhandelt nach dem Vorbild des Rapallo-Vertrages mit den anderen Sowjetrepubliken.

Der Reichsrat nahm den deutsch-dänischen Vertrag an.

Verzögerung der internationalen Anleihe.

„Eine Finanzkontrolle unumgänglich notwendig.“

Wie wir hören, vertritt man sogar in Berliner Regierungskreisen die Auffassung, daß mit dem schnellen Zustandekommen der internationalen Anleihe nicht gerechnet werden kann, selbst wenn die Verhandlungen in Paris günstig verlaufen. Nach Abschluß dieser Verhandlungen sind noch bedeutende Schwierigkeiten zu lösen und werden neue Bestimmungen notwendig sein, so daß bis zur endgültigen Gewährung der Anleihe noch Monate vergehen können, wenn sie überhaupt zustande kommt.

Entgegen unserer gestrigen telephonischen Meldung, daß nach einer Mitteilung des „New York Herald“ die amerikanischen und neutralen Bankiers das Verlangen der Reparationskommission nach einer Kontrolle der deutschen Finanzverwaltung missbilligt hätten, liegt uns heute eine unmittelbare Meldung aus derselben Quelle vor, die besagt, daß die amerikanischen und neutralen Bankiers die von der Reparationskommission verlangte Einleitung einer Finanzkontrolle in Deutschland als unumgänglich notwendig erachtet für das Gelingen der Reparationsanleihe. Diese Feststellung nun die richtige ist, läßt sich zwar mit absoluter Bestimmtheit nicht sagen, jedoch besteht nach der ganzen Sachlage und der vorliegenden Zuverlässigkeit unserer Gewährsmänner die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß auch die Amerikaner angesichts des von ihnen gezielten Zielbestimmungsrechts und der Souveränität der Völker — wie sie sie auffassen — zur angeblichen Sicherung ihres eigenen Wohlstandes dem deutschen Volke eine Finanzzwangsmaßnahme anlegen wollen.

Aus Kreisen, die dem amerikanischen Vertreter im Anleihekomitee Morgan nahestehen, will die „Chicago Tribune“ erfahren haben, daß die erste Anleihe, die begeben werden wird, eine Milliarde Dollar betragen soll. Das Anleihekomitee wird aber den Plan für eine Reihe weiterer Anleihen aufstellen, die innerhalb 15 bis 20 Jahren begeben sein werden, falls die erste Anleihe einen Erfolg haben sollte. Auf diese Weise würden die deutschen Kriegsschulden allmählich in Wertpapiere umgewandelt werden.

Der „gute Wille“ fehlt noch immer.

Im die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund.

Den „Times“ zufolge wird in der nächsten Tagung des Völkerverbundes im September die Frage der Zulassung Deutschlands in den Völkerverbund bereits Anfang Mai erörtert. Er dürfte sich zum einen Deutschland ausprechen, wenn dieses den guten Willen bei der Durchführung der Reparationsverpflichtungen im Mai bezeugt.

Französische „Verständigungs“-Vorschläge.

Paris, 30. Mai. Gustav Herze widmet die letzten Zeilen seiner „Botschaft“ der Frage, ob eine dauernde Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nach erfolgter „Wundung“ des Wiederentstehungsproblems möglich sei. Er besagt diese Frage und tritt dafür ein, daß Frankreich nimmer die Hand zur Verhinderung bietet. Die endgültige Wiederherstellung des Friedens in Europa könnte nach seiner Ansicht etwa auf folgenden Grundlagel erstellt werden: Frankreich nimmt dem Abschluß des Vertrages an Deutschland zu. Es verzichtet auf die Befugnis des Rheingebietes unter der Voraussetzung, daß die Rheinlande innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches autonom werden und militärisch neutralisiert bleiben. Es stimmt der Rückkehr einer Grenzberichterstattung zu. Es tritt dafür ein, daß Danzig mit dem dazugehörigen Gebiet an Deutschland zurückfällt unter der Bedingung, daß Polen einen freien Handel erhält. Frankreich verzichtet auf die Westbegrenzung der Anleihe des Reiches an Deutschland und schließt einen Handels- und Verkehrsvertrag mit Deutschland ab. Die Wollen der vollen Gleichberechtigung. Es gibt Deutschland das Recht, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Es beantragt Deutschland sofortige Aufnahme in den Völkerverbund.

Die Gegenleistungen Deutschlands sollen nach Herzes Vorschlag in folgendem bestehen: Die deutsche Wehrmacht

Gedankenrammel.

Die Kanzlerrede im Spiegel der Presse.

In der gestrigen Rede des Reichstagskanzlers im Reichstag über die deutsche Politik in Genoa deren Text unsere Leser in der heutigen Beilage finden, bemängeln die Berliner Blätter, soweit sie den Reichsparteien nahe stehen, vor allem, daß Dr. Brüch sein Wort über den Inhalt der Pariser Verhandlungen von Dr. Herze, teils über die Rückfrage in Paris, teils über die Reparationsnote gesprochen hat. Die „Kreuz-Ztg.“ erklärt: Statt des angelegentlichsten großen politischen Dramas gefüllt es dem Kanzler, eine politische Botschaft aufzuführen, über deren Wichtigkeit weder die gestrige Deklamation, noch der Befehl der Kanzler, die „Kreuz-Ztg.“ schließt ihre Betrachtung mit folgenden Worten: Wir fächeln, daß es Herrn Brüch für die praktische Politik recht wenig nützen wird, daß er sich rechtlich bemüht, dem Beispiel Lord Georges über Genoa, getreu nachzuahmen und sich diesem auf dem Scherbenhaufen der Konferenz nach einem unerschrockenen Gegenstand zu suchen. Der „Berl. Post.“ stellt fest, daß Dr. Brüch sachlich nicht das mindeste gesagt hat, was man nicht von seiner Rede aus schon gewußt hätte. Die „Zeit“ dagegen schreibt: Dem Bericht über die Konferenz in Genoa konnten auch die nicht zur Koalition gehörenden bürgerlichen Parteien vielfach mit Zustimmung entgegennehmen; und wenn auf der äußersten Rechten zu weilen höfliche Juriste über unsere Schwäche auf der Genueiser Konferenz laut wurden, so war der Illusionismus diesmal nicht auf Seiten des Kanzlers, sondern auf Seiten der Opposition. Der Kanzler konnte über Genoa nicht Neues sagen, aber er fand einige gute Worte und charakterisierte zureichend, aber doch mit Deutlichkeit.

Die „Germania“ nimmt der Rede in allen Teilen an und schreibt: Der Bericht des Kanzlers über den Verlauf der Konferenz von Genoa bestreift sich mit Erfolg einer Großartigkeit, die sich vor einem Eingehen in Details hütete und dennoch die gesamte Bedeutung dieser Völkerverhandlungen in erster Reihe greift und sie umföhrlicher hervortreten ließ. — Die „Post.“ bemerkt, daß der Kanzler noch härter, als er es tat, die Vermittlerrolle betonen sollte, die auf der Genueiser Konferenz das von der ersten politischen Kommission ausgeschlossene Deutschland schließlich zu übernehmen gezwungen war. Der „Vorwärts“ steht in der feierlicher Erklärung, daß zwischen Deutschland und Ausland kein Geheimkommen besteht, den eigentlichen Hauptvorteil der gestrigen Debatte.

kennt die Verantwortlichkeit der kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruch, verurteilt ihn und tadelt die Verletzung der belasteten Neutralität. (!) Sie erkennt die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völler erfolgten Versämler Entscheidungen an. (!) Sie verpflichtet sich, bis zur Erzeugung der Leistungsfähigkeit die Wiederentstehung durchzuführen (!). Sie verzichtet dem Rheinlande Autonomie innerhalb der Reichsgrenzen und garantiert ihr militärische Neutralität. Sie annulliert den Rapallo-Vertrag und sichert Polen und Rumänien militärischen Beistand gegen etwaige Volkswirtschafts-angriffe zu.

Handelsvertragsverhandlungen mit den Sowjetrepubliken.

Krafft Vorkäufer in Berlin.

Der „N.-N.“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Reichsregierung mit den Sowjetrepubliken angebotenen übrigen Sowjetrepubliken Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen aufgenommen habe, für die der Rapallovertrag die Grundlage bilden soll. Der Führung der Verhandlung für die Republik Georgien, Aserbaidschan und des fernen Ostens ist es jetzt in Berlin wählende russische Vertreter Otmowin bevollmächtigt. Die Verhandlungen für die Ukraine würden von Kowtowitsch geführt.

Wie wir zuverlässig hören, ist Krafft insofern zum russischen Vorkäufer in Berlin mit worden, daß er hat bei der Berliner Regierung um seine Zulassung nach-gesucht.

Man glaubt uns nicht.

London, 30. Mai. Im Unterhaus stellen zwei Abgeordnete über den angeblichen deutsch-russischen Militärvertrags Anträge, von welchem die Presse abstrahiert hatte. Lord George erklärte, daß man Unterhausungen anstelle, ob ein solcher Vertrag ausgeht würde. Wähler erhielt man aber keine Bestätigung dieser Nachricht. Doch sollte die Angelegenheit nicht aus den Augen verloren werden. — Der Abg. Kennedy bemerkte: Gaben Sie am Donnerstag nicht gesagt, daß ein solches Abkommen nicht bestehe? Lord George erwiderte: Ich machte eine Anspielung auf die Dokumente, die in der Presse veröffentlicht wurden, und erklärte, daß diese Dokumente auf Fälschungen beruhten. — Abg. Ward machte die Bemerkung: Natürlich gibt es eine solche Allianz Lord George gab keinerlei Erklärungen an!

Der Entwurf der Regierung zur Getreideumlage

liegt dem Reichstage noch nicht vor. Die Redner der verschiedenen Fraktionen nahmen zu ihr nur Stellung gelegentlich des Haushaltes des Landwirtschaftsministeriums. Der Regierungsentwurf ist jedoch den Eingeländern zur Stellungnahme vorgegangen. Nach ihm bleibt die Zwangsumlage bestehen, mit einer Umfassung von 25 Millionen Tonnen. Den Preis hat der Landwirtschaftsminister nach Anhörung der Ausschüsse des Reichstages und des Reichsrates für Volkswirtschaft festzusetzen. Wenn sich im Laufe des Wirtschaftsjahres ergibt, daß die zuerst festgesetzten Preise nicht mehr angemessen sind, so können sie vom Landwirtschaftsminister nach Anhörung der genannten Ausschüsse für die letzten Ablieferungen geändert werden. Der Minister ist also nicht mehr wie im Vorjahre an die Zustimmung dieser Ausschüsse gebunden. Von der Umlageemenge soll ein Viertel bis zum 15. Oktober, ein zweites Viertel bis zum 15. Dezember 1922 und die verbleibende Hälfte bis zum 28. Februar 1923 aufgebracht werden. Die Verteilung der Umlage auf die Erzeuger soll durch die Kommunalverbände oder Gemeinden unter Einwirkung eines Ausschusses der Erzeuger geschehen. Offenbar soll diese Verteilung der Umlage die Landwirtschaft hinneigen. Bei der Preisbestimmung haben die Landwirte und ihre Organisationen direkt nichts mitzubestimmen. Und die Minderstellung des Viehwirtschaftlers im vorigen Jahre mit Strafen bedroht, welche sogar noch in ihrem Geldbetrage von 50 000 auf 100 000 Mark erhöht werden. Die Deutsche Volkspartei hat bereits bei der Beratung über den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums durch den Abgeordneten Thomßen zu der Zwangsumlage Stellung genommen und zugunsten der Deutschen Volkspartei einen gemeinsamen Antrag gestellt, der die Wiederholung der Zwangsumlage als unumgänglich überhaupt ablehnt.

Die Umlage des vorigen Jahres zu einem festen, nach hinter dem Marktwerte zurückbleibenden Preise, hat die Landwirtschaft mit einer Sondersteuer von viele Millionen belastet. Die Umlage hat das Brot jedoch nicht wesentlich verbilligt gegenüber dem marktreifen Brote. Der Grund dafür liegt in der hohen Vermittler-schaffungskosten der Zwangsumlage, welche 800 M. für die Zonne ausmachten, und außerdem in den hohen Preisen des von der Regierung angekauften ausländischen Getreides. Wenn die Regierung in den Verhandlungen jetzt anbietet, daß der Preis für das Umgesetzte Getreide durch den Landwirtschaftsminister erhöht werden darf, angesichts der Umlage, welche der Regierung ein nach der Gegenwertigkeit gleichendes Preis zugunlich sein dürfte, so wird der Preis des Brotes sich noch mehr steigern, noch weniger Abstand von dem Preis des marktreifen Brotes haben. Man fragt sich wirklich, welchen Nutzen der Verbraucher davon der Zwangsumlage haben wird.

Gegenüber dem höchst fraglichen Nutzen der Verbraucher sind die schweren Schäden unerträglich, welche der Landwirtschaft aus der Umlage erwachsen. Bei dem Ungehörigkeit, ob die von dem Minister mit unbegrenzter Vollmacht vorgenommene Preisbestimmung auch nur der momentanen Steigerung der Produktionskosten gerecht wird, ist kaum zu erwarten, daß der Landwirt das Risiko der Getreidebezugsung in gleichem Maße auf sich nimmt, wie im Vorjahre, gefolgt denn, daß er die Getreidebezugsung zu vermehren bemüht ist. Durch die Umlage wird also das Risiko der Landwirtschaft unumgänglich gemacht, welches auf die Ernährung unseres Volkes aus eigener Kraft durch Vermehrung der Erzeugung hinzieht. Die Getreidebezugsung wird im Gegenteil voraussichtlich vergrößert werden. Statt wie im Vorjahre 2 Millionen Tonnen Brotgetreide werden dann in diesem Jahre mehr eingeführt werden müssen, was bei dem heutigen Auslandspreise von 16 000 Mark für die Zonne eine Ausgabegabe von mehr als 32 Milliarden an das Ausland bedeutet. Diese ist bei dem passiven Saldo unserer Handelsbilanz absolut unumgänglich. Sie kann nur durch Vermehrung der Erzeugung vermieden werden, wofür wie ausgeführt, die Verteilung der Zwangsumlage absolut notwendig ist. Unerträglich ist aber auch, daß die Zwangsüberweisung des Getreides dem Schieberwesen, dem illegalen Handel und aus dem spekulativen Handeln von Börsen Vorstoß leistet, die Unmoral in unserem Volk fördert und ideale Werte vernichtet. Endlich führt die Zwangsumlage zur Verschlechterung innerhalb des Reiches der Landwirtschaft, da eine gerechte Verteilung des Viehwirtschaftlers schon auf die einzelnen Kommunalverbände und Bürger nicht möglich ist, und auch ihre Unterstellung auf die einzelnen Erzeuger und Staatsorgane

Wirk über die Konferenz von Genua. Beginn der Debatte im Reichstag.

Berlin, 29. Mai 1922.

Die heutige Sitzung, deren Beginn um eine Stunde hinausgeschoben worden ist, setzt die an großen Tagen übliche harte Debatte des Saales und der Tribünen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 2,15 Uhr und erteilt sofort dem Reichstagspräsident das Wort.

Reichstagspräsident Dr. Wirth

verweist zunächst auf seine Mitteilungen über Genua im Ausschuss. Ueber die Pariser Verhandlungen, die jetzt in vollem Fluß sind, können hier im Plenum weitere Mitteilungen nicht gemacht werden. Heute soll nur dem Reichstag die Möglichkeit gegeben werden, zur Gesamtheit der Regierung Stellung zu nehmen. Ein Jahr nach der Dantefest, an der das deutsche Volk den rechten Anteil nahm, hat Italien die Vertreter der Völker in Genua empfangen, um dem Weltfrieden zu dienen. Wir wiederholen an dieser Stelle den tiefgefühlten Dank an das italienische Volk und an die italienischen Staatsmänner.

für das, was sie während der Genua-Konferenz für die Welt getan haben. Das sollte die Genua-Konferenz sein und was ist aus ihr geworden? Sie sollte eine Weltkonferenz sein, um alle die Völker zu sammeln, die zum Teil einander gegenüberstehen. Diese Aufgabe ist zunächst wesentlich eingegrenzt worden durch das Fernbleiben Amerikas. Dann wurde ihr Programm reduziert, daß sie nicht einmal die europäische Krise in ihrer Gesamtheit behandeln konnte, und daß die Pariser Völker nicht einmal in offiziellen Sitzungen die Wahrheit über die europäische Krise hören konnten (hört, hört). Aber trotzdem das Programm reduziert wurde, ist müssen wir allen denen dankbar sein, die mit voller Energie den Gedanken, die Völker zusammenzuführen, über die Grenzen der Konferenz hinaus ausgetragen haben. (Beifall.) Es ist gewiß kein ungewöhnlicher Vorgang, wenn die Engländer Führer für die Durchführung der Konferenz nicht im Namen des deutschen Volkes anrufen, sondern aller Völker, die in Bedrängnis sind, den Dank aussprechen. (Beifall.)

Die wichtigsten Fragen sind gerade diejenigen, die auf der Konferenz nicht offiziell behandelt worden sind, vor allem die Reparationsfrage, die heute zu einer europäischen Frage geworden ist.

Trotz aller Sabotageversuche hat die Genua-Konferenz einen großen Fortschritt gebracht.

Der große Fortschritt liegt schon darin, daß wir zum erstenmal auf einer Konferenz der Regierungen als gleichberechtigt erschienen sind. (Sehr richtig.) Ich weiß nicht wie man über die Feststellung dieser wichtigen Tatsache lachen kann. (Zusammenruf der Beifall.) In vielen nicht-offiziellen Unterredungen mit fremden Staatsmännern ist auch das Reparationsproblem erörtert worden. Die offiziellen Resolutionen, die das Ergebnis der Genua-Konferenz sind, werden für uns die Zeit- und Richtlinien der Politik bilden. Wir hoffen, daß sie es auch für die übrigen Staaten sein werden und nicht nur theoretische Anregungen ohne praktische Bindung. Wir haben in Genua den französischen Vorkriegsgegner, der uns in die Reihe der Kleinstaaten drängen wollte.

Es hatte sich aber eine Union der einladenden Mächte gebildet, die ohne uns mit Rußland verhandelte und uns dadurch zwang,

selbständig unsere Fragen mit Rußland zu vereinigen. Der Rapallovertrag war nicht ein Verzicht der deutschen Politik, sondern er ist ein erfolgreiches, aufschlüsselndes Friedensdokument, das gegen keinen anderen Staat seine Spitze richtet. (Sehr richtig.) Der Vertrag ist die Fortsetzung der Politik am 8. Mai 1921 zwischen Deutschland und Rußland getroffenen Vereinbarungen. In Genua wurde Deutschland von den Verhandlungen ausgeschlossen, die von den einladenden Mächten mit Rußland geführt wurden, auf der Grundlage des Londoner Memorandums. Nach diesem Memorandum sollte aber auch Rußland den Artikel 116 des Versailles-Vertrages gegen Deutschland anwenden.

Deutschland war nur genötigt, eine andere Regelung mit Rußland zu finden. Lloyd George hat in einer Rede den Rapallovertrag einen Fehler und Verzicht Deutschlands genannt, aber er hat hinzugefügt, daß die in Deutschland und Rußland erregte Stimmung dazu führen müßte. Wenn aber liegt der Grund bei denen, die eine solche Stimmung durch ihre Verhandlungen herauf erregt haben. Der Rapallovertrag reinigt die Atmosphäre zwischen zwei Völkern, denen es immer gut ging, solange sie sich verstanden haben. (Beifall.) Er will weiter die Brücke schlagen zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Er enthält keine geheimen Zusätze und wird behauptet, er habe keine heimliche Mittel zum Verleumben damit das erste Friedenswerk, das seit dem Kriege in Europa überhaupt gesehen ist. (Beifall.) Wir haben den Rapallovertrag in seiner Gesamtheit dem Reichstag zur Beurteilung unterbreitet. Nach dem Abschlusse dieses Vertrages wurde unsere Vermittlerrolle zwischen Rußland und den übrigen Staaten oft und dankbar in Anspruch genommen. Was in Genua begonnen wurde, soll im Haag fortgesetzt werden. Wir werden, wenn es genügt, aber nur, wenn es gewünscht wird, unsere Vermittlerrolle weiter aufrecht und ehrlich zur Verfügung stellen. Die Verluste in Genua sind treuga, die, wenn sie sich für alle Völker zu schaffen sind nicht wohl gelungen. Die Welt war dafür noch nicht reif. Man hat sich mit einer beschränkten treuga Dei begnügt, aber

das ist kein Gottesfriede, der allen Völkern den Frieden bringt. Deutschland aber weilt in Sanktionen ausgesetzt. In der Rapallofrage müssen wir endlich herauskommen aus der Politik der Termine, bei der wir immer vor dem Damoklesschwert zittern müssen. Die Politik der Sanktionen entspricht nicht den Geistes der Genua, sondern dem Geiste der Jünger. (Sehr richtig.) Wenn auch die Ergebnisse von Genua verhältnismäßig bescheiden waren, so erwarten wir von dieser Konferenz das einen Fortschritt in der Verbindung Europas und damit eine Befreiung aus für das deutsche Volk. (Beifall.)

Hg. Müller (Soz.): Das Ergebnis von Genua müßte bescheiden sein, weil unter dem Druck der Franzosen die wichtigsten Probleme, vor allem das Reparationsproblem vom Programm getrieben wurde. Wir bebauen die geschäftige Welt, die Rußland geschied. Deutschland. Von anderen Ländern ist anerkannt, daß die

Burgel alles Hebel der Versailles-Vertrag ist. Der Abschlusse des deutsch-russischen Separatvertrages hat seine Ursache darin, daß in Genua selbst gegen den Geist von Genua verfahren wurde. (Sehr richtig.) Die Masse der deutschen Arbeiterschaft hat, das muß dem ökonomischen Gerede über geheime militärische Abkommen mit Rußland gegenüber gelangt werden, niemals für den nationalen Volkswirtschafts etwas übrig gelassen und wir Sozialdemokraten halten an der Forderung fest: Die wieder Krieg! und werden jede Regierung fürchten, die es wagen sollte, militärische Geheimabkommen abzuschließen.

Hg. Marx (R): Der beschriebene Fortschritt in Genua hätte nicht erreicht werden können ohne die Koalitions-politik. (Sehr richtig.) Was ich für den nationalen Volkswirtschaft aus dem Jahr an Italien an und gewissem besonders dankbar des lebhaften Interesses, daß der Papst an einem freibewerbenden Erfolg der Konferenz in Genua genommen hat. Deutschland hat als einziger von allen Staaten eine praktische Beizte von Genua mitgebracht in dem Vertrag von Rapallo. Die Regierung wird davon ausgehen müssen, daß nicht infolge dieses Vertrages der bolschewistische Geist in Deutschland weiterverbreitet findet. (Unruhe bei dem Redner.) Wir begrüßen den Rapallovertrag und danken der Regierung für ihre so erfolgreiche Tätigkeit in Genua.

Um 4 Uhr hielt die weitere Ausschüsse auf Dienstag 2 Uhr nachmittags beendet. Dienstag vormittag 11 Uhr: Beratung des deutsch-polnischen Abkommens von Genf. Dem Reichstag ist gestern das Bescheid über die Konferenz von Genua zugegangen. Es enthält eine Zusammenstellung der verschiedenen Dokumente zur Vorbereitung der Konferenz und die Beschlüsse der verschiedenen Kommissionen.

Der Streik in Süddeutschland.

Wenn es auch gelungen ist, den Ausbruch der Metallarbeiter in Bayern durch gegenseitige Verhinderung zu vermeiden, so hat er andererseits in anderen Teilen Süddeutschlands neue Ausbreitung genommen. In Osnabrück, Osnabrück, sind rund 46.000 Metallarbeiter angetreten worden, weil die Gewerkschaften die Einigungsabstände der Arbeitgeberverbandes ablehnten. Ursprünglich drehte sich der Streik darum, daß die Arbeitgeber jede weitere Lohnerhöhung davon abhängig machten, daß der Metallarbeiter tatkräftig durchgeführt werde. Die Arbeitgeber sollte künftig nicht mehr als, sondern 48 Stunden in der Woche betragen. Das lehnten die Gewerkschaften ab, zumal die Mehrheit der Metallarbeiter bei der Urabstimmung sich für die Befreiung der 48-stündigen Wochenarbeitszeit erklärte. Seit fast vier Monaten dauert der Ausbruch, der in seinen Auswirkungen der Wirtschaft und den Arbeitern selbst schweren Schaden zugefügt hat. Der Streik an Arbeitstagen ist so groß, daß er auf Jahre hinaus nicht wieder eingebracht werden kann. Dazu kommt, daß die Unterfertigung der Ausführenden alle anderen Arbeiter befreit, dazu in einer Zeit, in der die Geldentwertung und die Finanzierung immer größere Fortschritte machen; um diese Unterfertigung einzuführen, haben die Arbeitgeber zur Ausfertigung gezwungen, daß dadurch die Zahl der Arbeiter, die unterfertigt werden müssen, weiter steigt, während gleichzeitig die Zahl der Arbeiter, die Unterfertigungsgeber aufbringen können, zurückgeht. Das ist ein Wirtschaftskrieg aller gegen alle, den wir uns selbst in kurzer Zeit nicht leisten können und dürfen. Diese Vorgänge zeigen, wie notwendig ein Schlichtungsverfahren ist, das über bindende Kraft für beide Teile verfügt. Wir brauchen sogar noch mehr als ein Schlichtungsverfahren. Wir brauchen einen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit auf der Dauer von vier Jahren, der die sozialen und innerwirtschaftlichen Verhältnisse zu seitigen. In England ist ein solcher Vorschlag gemacht worden. Aber wir haben nicht ausländische Beispiele nachzuahmen, sondern selber den ganzrichtigen Weg zu suchen, um Streik und Ausfertigung ein Ende zu machen. Arbeit und Kapital sind Arbeit aneinander anzusetzen, also nicht gegenüber zu sein, müssen sich Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis auszuscheiden lassen. Der Streik in Süddeutschland ist ein Schulbeispiel dafür, daß ein geordnetes Schlichtungsverfahren denartige Erschütterungen der Wirtschaft verhindern kann und muß. Das muß nicht mehr nur Sache der unmittelbar Beteiligten, sondern des ganzen Volkes sein.

Politische Rundschau

Regierung, Hilfswert, Umlage.

Die Aufsicht des Reichsfinanzministeriums an den Reichs-Landbank wendet sich gegen den Einbruch, als ob der Reichs-Landbank die durch die Hemmung der Reichs-Landbank... Organisationen vorgebrachten Wünsche auf Befriedigung geeigneter Grundlagen für eine landwirtschaftliche Kreditation trotz des Drängens und Mahnens des Landbankverwalters beizubehalten hätten. Wie das Schreiben weiter enthält, ist von der Reichs-Landbank nicht nach der unter dem Vorwort des Herrn Reichs-Landbank abgehaltenen Konferenz über das Hilfswert das Ergebnis an den Reichs-Landbank der deutschen Landbankverwalters gerichtet worden, diejenigen in Wege der Befriedigung zu gerühmenden Ermäßigungen, die zur Erweiterung der jetzt bestehenden Möglichkeiten der Befriedigung von Reichs-Landbankverwalters Aus dieser Schlichtung folgt der Reichs-Landbankverwalters, daß von einer Rückkehr, die die Landbankverwalters ihres Drängens und Mahnens auf die Befriedigung der Reichs-Landbankverwalters nicht gelassen werden können. Darf man mit dieser Schlichtung in dieser Einzelfrage ohne weiteres betreten, so wird man doch selbstig zu befragen haben, daß der Herr Reichs-Landbankverwalters Minister damit zwar in der Frage der Kreditation sein reines Gewissen erneuert, während er andererseits seine volle Kraft für die Erneuerung der Umlage einsetzt und allen Grund der landwirtschaftlichen Hilfs-Landbankverwalters Schwierigkeiten bereitet. Da der Minister im Reichstag versprochen, dem Hilfswert mit besonderen Nachdruck zu...

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warden.

46

Madame verlor

Für einen Augenblick hatte sich Gerhard verabschiedet, sich auf ihre Großmutter zu verlassen und ihr die volle Wahrheit zu sagen. Vielleicht war sie in ihrem Denken wirklich so frei und großzügig, wie sie ihn glauben lassen wollte, und er konnte das Wissen auf sich nehmen, ohne die gefährlichste Katastrophe herbeizuführen. Er, der einst einmal dem eigenen Vater seine Geheimnisse anvertrauen durfte, fühlte ein brennendes Verlangen, die Komtesse aufzuklären und damit die lächerliche Rolle zu enden, die man ihr aufgezungen hatte.

Wirklich drängten sich ihm die ersten Worte des Bekennnisses schon auf die Lippen, als ein Zufall ihn verhinderte, sie auszusprechen.

„Eben jetzt war Heria an der Tür zum Nebenimmer vorübergegangen, und Lydia Möringen hatte sie angesehen. Der Ausdruck aber, der dabei auf ihrem Wangen glanzte, trat, war es, der Gerhard die Lippen verlor. Er konnte nicht sagen, was es gewesen war. Er konnte nicht sagen, daß sie jählich, oder eifersüchtig, oder irgendwas böse ausgesprochen hätte. Und doch war etwas auf ihrem Gesicht, was ihn warnte, was ihn abnen ließ, daß sie mehr dachte und mehr empfand, als sie ihren Lippen auszusprechen gelassene, und daß er richtiger daran tat, ihr gegenüber Vorhalte zu üben.“

Wirklich deutete sich Lydia Möringen sein Schweigen doch so, daß er ernstlich verlegt sei. Denn im Lohne eines bittenden Kindes sagte sie:

„Sie dürfen mir nicht böse sein über das, was ich gesagt habe. Es ist gewiß nicht recht von mir. Aber wir befinden uns beide in einer schwierigen Lage. Die Wünsche anderer Freunde treiben uns auf einen Weg, den wir vielleicht beide nicht gehen wollen. Ist es nicht so?“

„Und sie sah ihn so neu an, daß er entsetzt war. „Lassen Sie uns darüber sprechen,“ sagte er plötzlich, während er ihr einen Stuhl in einer Ecke des Salons zurechtstülpte. Sie waren noch immer allein; und es war nicht wahrscheinlich, daß jemand ihr Zwiespräch hören würde.“

„Sie folgte seiner Aufforderung, und er ließ sich ihr gegenüber nieder.“

„Ich fürchte, Sie ärgern mir noch immer,“ sagte er, „weil ich meine, daß Sie lieber in größerer Gesellschaft als mit mir allein nach Lohre Carlo gehen würden.“ Dieser Gedanke war gewiß nicht sehr satoull und einzig dem Bewußtsein zuzuschreiben, daß Komtesse an Offenheit gleichzukommen. Aber Lydia Möringen zeigte sich der Lage gemacht. Ohne jede Empfindlichkeit, mit dem Ausdruck ungetrübter Feiertät erwiderte sie:

„Ich glaube nur, daß es für Sie ein großes Wagnis wäre, mit mir zu gehen, wenn meine Gesellschaft nicht durch die Gegenwart der Madame de Raucourt und Frau Fernemann gemindert würde.“

„Gerhard lachte. „Ich weiß wohl, daß Sie nichts Derartiges vermuteten, Komtesse,“ sagte er. „Sie sind viel zu klug, als daß Sie die Wahrheit nicht hätten erraten sollen.“

„Da warf sie den Kopf zurück und ließ ihn mit blühenden Augen an.“

„Nehmen Sie einmal an, ich wäre nicht so klug gewesen, Herr von Raucourt! Und lassen Sie mich die Wahrheit wissen.“

„Jetzt begann ihm die Art der Unterhaltung Vergnügen zu bereiten. Ohne Hörgern erwiderte er: „Alles, was ich dachte, war, daß wir unseren Freunden nicht gestatten dürften, uns gewaltig zusammenzugeben — sondern daß man uns besser ganz uns selbst überläßt.“

„Er war gepannt auf ihre Erwiderung — vielleicht auch darauf, ob sie getränkt war oder nicht. Aber es hatte nicht den Anschein, als hätte er sie beleidigt. Wohl ließ sie ihn eine kleine Weile auf die Antwort warten; dann aber sagte sie:

„Ihr Herr Vater und Ihre Schwester haben mich vorhin auf die „Geboren“ aufmerksam gemacht, die mit dem Ausbruch verknüpft sind. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, worin sie bestehen sollen. Wohl — ich bin bereit, sie auf mich zu nehmen. Und wenn auch Sie dazu bereit sind, so wollen wir morgen das Kasino besuchen. Wir können, wenn wir einen danken Tag miteinander allein sind, uns dieser neuen kennen — wenn wir uns in Berlin nicht bereits genügend kennen gelernt haben — und wir werden sehen, ob wir zueinander passen oder nicht.“

„Er sogerte.“

„Würden Sie es für sehr anmaßend halten,“ sagte er, „wenn ich Sie darum befragte, was mein Vater Ihnen gesagt hat?“

„Er sagte,“ erwiderte sie einfach, „daß er sich außerordentlich freuen würde, wenn ich seine Tochter wäre — daß das kein lebhaftester Wunsch ist, und daß Sie ihm allen Grund gegeben hätten, bei Ihnen den gleichen Wunsch voranzutreiben. Ist das die Wahrheit? — Ich weiß, daß ich jetzt weiter gehe, als es mir eigentlich erlaubt ist — aber ich muß diese Frage stellen. Denn ich beginne daran zu zweifeln, daß er mir die Wahrheit gesagt hat.“

„Gerhard war erblickt. Daß sie so weit gehen würde, hatte er doch nicht erwartet — denn er hätte sich, wenn er allen Grund hätte abgeben können, bemüht, das Gespräch in andere Bahnen zu lenken. Diese Frage ließ ihn — wenn er sie überhaupt beantwortete — nichts anderes aus, als daß er ihr die Wahrheit sagte. Auch das sein Vater, ihr so viel gesagt hatte, kam ihm überraschend; das hatte er doch nicht vermutet.“

„Er wählte wirklich nicht, was er ihr erwidern sollte. Und nachdem sie eine kleine Weile gewartet hatte, sagte die Komtesse fest: „Wenn es nicht wahr war,“ und sie lehnte sich in ihrem Stuhl zurück, die Hände auf die Lehnen gelegt, so daß er die Lippen aristokratisch schlafen. Finger zusammenzucken konnte, an denen stützliche Gestirne blühen und lächeln. So dürfen Sie sich darüber die Spitze ihres Winkes keinen Augenblick aufmerksamer die Spitze ihres Winkes keinen...

